

Das die zuständigen Behörden und Bildungseinrichtungen nach der ersten Schließungswelle ganz besonderen Bedarf haben, sich für einen möglichen zweiten Lockdown mit Digitalunterricht, aber auch für eine allgemeine Zukunft ohne globale Krise besser aufzustellen, zeigt allein der Vergleich der fest gebundenen und verplanten Finanzmittel aus dem DigitalPakt seit Beginn der Pandemie. Während zum Stichtag 31.12.2019, also kurz vor Beginn des Corona-Zeitalters, lediglich rund 14,5 Millionen Euro aus dem Förderprogramm fest genehmigt waren, ist diese Summe zum 30. Juni 2020 auf gut 242 Millionen Euro in die Höhe geschossen – der Zuwachs liegt hier bei fast dem 17-fachen Wert der Vorkrisenbindung. Und auch der konkrete Abfluss der Mittel hat sich von rund sieben Millionen bis Ende 2019 auf nun knapp 16 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Die Investitionen, die Schulen und Trägerinstitutionen nun zunehmend tätigen, sind also tendenziell eher nicht "trotz Krise stark angestiegen", wie es das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) formuliert, sondern vielmehr gerade wegen der Krise, die ja, wie das BMBF es beschreibt, "dringende Handlungsbedarfe in Schulen offengelegt" hat.

Um aber nicht nur Mittel in Planungsphasen fest zu vergeben, sondern auch die wirklich greifbare Ausstattung von Schulen und Lehrern voranzutreiben, hat im Bundeskanzleramt ein weiterer Gipfel zur digitalen Bildung stattgefunden, bei dem sich Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und der Chef des Bundeskanzleramts Prof. Helge Braun sowie die SPD-Vorsitzende Saskia Esken mit den Kultusministerinnen und -ministern der Bundesländer getroffen haben, um über konkrete Maßnahmen zu sprechen, wie man die Bildung in der Krise stärken und zukunftssicher aufstellen kann.

Kommt endlich Schwung in die Sache?

Bei der Digitalisierung der Bildung sind alle Ebenen gefragt

(BS/Wim Orth) Es ist keine Neuigkeit mehr, dass der Stand der Dinge bei digitaler Bildung in Deutschland ernüchternd ist. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass viele Schulen, Universitäten und sonstige Bildungseinrichtungen nicht annähernd so ausgestattet sind, sei es nun materiell oder mit der entsprechenden Kompetenz, um in kurzer Zeit vom Präsenz- auf den Remote-Betrieb umzustellen. Damit der vor zwei Jahren verabschiedete Digitalpakt Schule nun endlich den gewünschten Schwung in die Sache bringt, hat die Regierung auf ihrem neuerlichen Bildungsgipfel im Kanzleramt weitere Maßnahmen beschlossen.



Bislang hat es noch ordentlich gehapert bei der Umsetzung des Digitalpaktes Schule. Mit den neuen Hilfestellungen für Lehrkörper, Schulen und Bildungsträger sowie besserer Kooperation zwischen Bund und Ländern soll bei der Umsetzung der Bildungsinitiative nun alles besser werden.

Foto: BS/stevefioris, pixabay.com

Dabei betonte man erneut, wie wichtig der gesellschaftliche Stellenwert des Lernens und Lebens in der Schule sei und bekannte sich dazu, dass Bund und Länder "gemeinsam entschlossen" seien, "eine erneute flächendeckende Schließung der Schulen nach Möglichkeit zu verhindern". Ein Wunsch, der einerseits selbstverständlich klingt, für den es aber zwingend eine gute Zusammenarbeit braucht, die die Bundesregierung den Ländern verspricht. Denn obwohl die Zuständigkeit für das Bildungssystem nach föderalem Recht bei den Ländern liegt, "bekannt sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwort-

ung, die Länder nicht nur bei der grundsätzlichen Aufgabe der Digitalisierung der Schulen zu unterstützen, sondern darüber hinaus auch Maßnahmen zu ergreifen bzw. sich an Maßnahmen zu beteiligen, die Schulen, Kindern und Lehrkräften zugänglich sind und zukunftsweisende Formen des digitalen Lernens ermöglichen sollen".

Kommt endlich Zug in die Sache?

Große Worte also, die zeigen sollen: Nun wird alles anders – und vor allem besser. Doch wie viel sich in den Schulen der Republik bis zum nächsten Ernstfall wirklich ändern

wird, muss sich noch zeigen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek ist bereits vorab voll des Lobes für die neuen Abmachungen. Um die Schulen zu entlasten, werde man vonseiten des BMBF nun "rechtssicher festlegen, dass die Mittel aus dem Digitalpakt bis Ende 2021 fließen können, ohne dass die Schulen zuvor ein pädagogisches Konzept vorgelegt haben müssen. Mit dieser Flexibilisierung reagieren wir auch auf die besonderen Herausforderungen, vor denen Schulen und Schulträger während der Schulschließungen standen". Die Schulen kommen also einfacher an Gelder, sodass viele Investitionen schneller

und unkomplizierter möglich werden sollen. Neben dieser Erleichterung im bürokratischen Prozess habe man außerdem vereinbart, alle Schulen zügig an das Glasfaser-Netz anzuschließen, Kompetenzzentren für die Entwicklung von Konzepten für digitalen und digital gestützten Unterricht aufzubauen sowie eine Bildungsplattform durch den Bund zu schaffen, die die bereits bestehenden Systeme integriert. Zudem sollen sämtliche Lehrkräfte in Deutschland sowie bei Bedarf auch die Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden, so Karliczek: "Ich bin sehr froh, dass wir nun zügig die Voraussetzungen schaffen können, damit die Lehrerinnen und Lehrer mit Endgeräten ausgestattet werden können. Der Bund wird die 500 Millionen erst einmal vorstrecken. Deshalb können wir jetzt direkt in die Verhandlungen mit den Ländern einsteigen. Zur Erinnerung: Zunächst war der Plan, dass die Mittel aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds fließen, was erst im nächsten Jahr möglich ist." Der Wille ist also da, aus den Problemen der Krise zu lernen und die Schulen schneller auf ein neues digitales Niveau zu heben.

Opposition ist nicht überzeugt

Doch reichen die nun angekündigten Maßnahmen für einen Turnaround bei der Bildungspolitik? Die Opposition ist sich zumindest in der klaren Antwort einig: Nein. So werde die Ausstattung der Lehrkräfte als das "einzige konkrete Ergebnis

des Schulgipfels" und "diese Finanzspritze" im Jahr 2020 für etwas, das "in der von Angela Merkel im Jahr 2008 ausgerufenen "Bildungsrepublik" selbstverständlich sein sollte", durch den bildungspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Thomas Sattelberger, harsch kritisiert: "Es macht fassungslos, dass Deutschland für solche Entscheidungen einen Gipfel im Kanzleramt braucht. Den Gipfelteilnehmern fehlt nicht nur jedes Gespür für die nötige Geschwindigkeit in einer Krise, sondern auch der Wille, ein weiteres verlorenes Schuljahr zu verhindern. Corona legt schonungslos offen, wie träge und rückständig das deutsche Bildungssystem ist, erst recht im internationalen Vergleich. Statt mit Kosmetik zu kleckern, müssten Bund und Länder jetzt klotten", so der FDP-Mann. Und auch für Margit Stump, die Sprecherin für Bildungspolitik der Grünen-Fraktion im Bundestag, sind die Ergebnisse aus dem Kanzleramt "mehr als enttäuschend". So habe der Föderalismus im Bildungswesen dringenden Reformbedarf, denn die beschlossenen "Absichtserklärungen, gepaart mit fehlendem Bewusstsein für die Dringlichkeit, werden bereits in Kürze schmerzhaft Konsequenzen haben". Statt solcher Erklärungen brauche es stattdessen ein beherztes Anpacken und Handeln der verantwortlichen Häuser und Personen, denn die Probleme rund um Breitbandausbau und fehlende Endgeräte seien schon lange bekannt.

Ob nun zu spät, zu langsam oder nicht entschlossen genug: Dass die Opposition mit dem Ergebnis nicht vollends zufrieden sein würde, war abzusehen. Ob die hehren Ziele nun besser und nachhaltiger erreicht werden als bislang, wird sich zeigen. Und an diesen Ergebnissen wird sich die Regierung messen lassen müssen. Zeit für ein erstes Fazit ist Anfang 2021, denn dann soll der nächste Austausch zwischen den Beteiligten stattfinden.

Es braucht konkrete Rahmenbedingungen

Digitale Bildung hängt nicht allein an der Technik

(BS/Tim Brauckmüller) Der vom Bundesfamilienministerium veröffentlichte, aktuelle Bericht "Bildung in Deutschland 2020" widmet einer seiner Schwerpunkte dem Themenkomplex "Bildung in der digitalisierten Welt". Die Notwendigkeit einer digitalen Transformation unserer Schulen ist durch die Auswirkungen der Pandemie noch sichtbar und dringender geworden. Nicht erst seit den Schulschließungen im Frühjahr dürfte jedem klar sein: Der Schulunterricht in Deutschland muss digitalisiert werden, denn gute Bildung für unsere Kinder muss auch in schwierigen Zeiten gewährleistet sein.



Tim Brauckmüller ist es ein besonderes Anliegen, digitale Bildung zu fördern und den Akteuren in der Bildungspolitik entsprechende Handlungsempfehlungen zu geben.

Digitalisierungsexperte **Tim Brauckmüller** ist geschäftsführender Gesellschafter der atene KOM GmbH in Berlin. Das Unternehmen begleitet den öffentlichen Sektor bei der Projektentwicklung in den Bereichen Digitalisierung, Energie, Mobilität, Gesundheit und Bildung. Für

Foto: BS/atene KOM

ein vielschichtiges Thema, eine Aufgabe, die mit einer Lösung in einem Teilbereich Fragen in anderen Bereichen aufwirft. Im Kern sind es vier große Komplexe, die ineinandergreifen: die Infrastruktur (in Form von Breitbandanschlüssen, Endgeräten, Plattformen etc. in Schulen, für Lehrende und für Lernende), neue didaktische Konzepte, die Lehreraus- und -weiterbildung und die Sicherheit für alle Beteiligten. Über allem steht die akute und auch dauerhafte Finanzierung der notwendigen Infrastrukturen und Maßnahmen. Bereits vor der Pandemie wurde im Rahmen des Digitalpakts Schule beschlossen, die Ausstat-

tung von Schulen mit digitaler Technik zu fördern. Der Bund stellt hierfür durch ein Sondervermögen bis 2024 insgesamt fünf Milliarden Euro bereit. Die Schulträger bzw. die Bundesländer leisten darüber hinaus einen Eigenanteil von mindestens 10 Prozent der Investitionssumme, sodass bis 2024 mindestens 5,6 Milliarden Euro in die Digitalisierung von Schulen fließen sollen. Zusätzlich hat der Koalitionsausschuss beschlossen, 500 Millionen Euro für Schülerinnen und Schüler bereitzustellen, die zu Hause auf kein mobiles Endgerät zugreifen können. Das scheint dringender notwendig, denn bei einer Anfang 2020 durchgeführten Schulleitungsbefragung gaben mehr als zwei Drittel (71 Prozent) der Grundschulleitungen an, dass in ihrer Schule keine Klassensätze an mobilen Endgeräten vorhanden seien (Verband Bildung und Erziehung, 2020). Als erste Maßnahme sollen mit den zusätzlichen Mitteln laut

Kultusministerkonferenz jedoch für die 800.000 Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland noch in diesem Jahr Dienstlaptops angeschafft werden. Denn dass die meisten Lehrerinnen und Lehrer im Jahr 2020 ihre Unterrichtsgestaltung über private Endgeräte und weitgehend ohne technischen Support realisieren müssen, ist schlicht untragbar. Insgesamt muss der IT-Betrieb einer Schule genauso ernst genommen werden, wie der einer Behörde oder eines Unternehmens. Nicht nur die technische Installation, sondern auch der effiziente Betrieb muss sichergestellt werden. Stabile Netzwerke und IT-Support müssen deshalb ganz oben auf der To-do-Liste der Akteure, allen voran der Schulträger, stehen.

Der Erfolg digital unterstützter Lernprozesse hängt außerdem maßgeblich von einem didaktisch sinnvollen Einsatz digitaler Technologien ab. Das Konzept des "Blended Learnings", des Nutzens verschiedener Methoden und Medien, und die Herausforderung, darauf abgestimmte didaktische Konzepte zu entwickeln, gibt es bereits seit einigen Jahren. Genau wie Unternehmen müssen sich auch Schul- und Lernkonzepte in

gewissen Abständen erneuern, muss sich das System Schule den neuen Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Bedarfen anpassen. Die Aufgabe besteht jetzt darin, eine Form der Organisation zu finden, die einen effizienten und modularen Schulbetrieb in der Schule wie zu Hause technisch und didaktisch sinnvoll gewährleisten kann.

Um die digitale Transformation der Schulen umfassend zu erreichen, müssen zudem sowohl die Curricula der Hochschulen um digitale Inhalte ergänzt werden als auch die Lehrerbildung verstärkt auf digitale Technologien, Medien und didaktische Möglichkeiten eingehen. Rein privates Interesse und Engagement sind ein einziges auf "Learning by Doing" fokussierter Änderungsprozess sind hier nicht zukunftsfähig. Auch eine Multiplikatorausbildung kann dabei helfen, Schulen und Lehrenden das notwendige Maß an Sicherheit und Unterstützung zu geben.

Nicht zu vernachlässigen ist die Sicherheit. Kinder und Jugendliche müssen im Umgang mit digitalen Medien natürlich vor Cyber-Kriminalität oder Datenmissbrauch geschützt werden.

Die technischen Lösungen hierzu müssen wohl überlegt sein und auf die Erfordernisse der jeweiligen Altersstufen angepasst werden können. Es gilt abzuwägen, welchen Inhalt ein Schüler in welcher Altersstufe kennen soll und an welchen Stellen es gefährlich wird. Das IT-Konzept muss hier flexibel reagieren können. Auch im Übergang der Schulformen wird es zu Herausforderungen kommen, damit durch den Einsatz von Plattformen, geeigneten Serverstrukturen und durchlässigen, aber dennoch sicherer IT-Konzepten z. B. der für die Schülerinnen und Schüler ohnehin herausfordernde Übergang von der Primar- auf die Sekundarstufe ohne technische Barrieren möglich wird. Letztendlich liegt es in der Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer und vor allem auch der Eltern, die Kinder in digitalen Umgebungen nicht allein zu lassen. Es braucht Aufklärung im Unterricht, es sollte Gegenstand von E-Learning-Inhalten und auch des Rahmenlehrplans sein. Die Rolle des Schulträgers muss es sein, dies zu unterstützen und die technischen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Und darum geht es bei der digitalen Transformation generell: Wir müssen jetzt Rahmenbedingungen schaffen, damit der Umgang mit digitalen Medien in schulischem Kontext, sei es im Präsenzunterricht oder für das Lernen zu Hause, selbstverständlich, zukunftsorientiert, einfach und sicher wird und im besten Fall den Bedürfnissen aller Beteiligten – Lehrenden, Lernenden und Eltern – gerecht wird.